



2/2018

## ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

*Liebe Leserinnen und Leser,*

die Verhandlungen zu einer möglichen Neuauflage einer Großen Koalition sind noch nicht beendet. Aber die Journalisten, vor allem des öffentlich-rechtlichen Systems wissen es sofort immer ganz genau. Die Ergebnisse sind natürlich nicht "Der große Wurf". Alles, was verhandelt wird, ist eher klein klein und geht an den großen Problemen unserer Zeit vorbei. Man steht in einem warmen Studio, hat seine Altersvorsorge sicher in der Tasche und freut sich, dass der Gebührenzahler immer brav und pünktlich seine Gelder abliefern, mittlerweile über 8,1 Mrd. Euro im Jahr. In einer solchen Lage lässt sich die Welt gut kommentieren.

Ich warte seit Wochen darauf, dass einer dieser Journalisten doch mal "den großen Wurf" erklärt. Was ist denn damit gemeint? Soll noch mehr Geld als die nun zur Verhandlung stehenden 46 Mrd. Euro verteilt werden oder vielleicht die Hauptstadt wieder zurück an den Rhein verlegt werden? Keine Frage, die Verhandlungen sind zäh. Aber es geht auch um viel. Ganz schlicht und einfach geht es darum, dem Bildungssystem auf die Sprünge zu helfen - weil die Bundesländer ihre Verpflichtungen nicht einhalten können oder wollen, das Thema Digitalisierung nicht nur als Infrastrukturmaßnahme zu betrachten, sondern die Digitalisierung in alle Lebensbereiche zu übertragen und für Gesundheit und Pflege die richtigen Weichen zu stellen. Und ganz nebenbei geht es um die Themen Wirtschaft und Innovation, die wichtigsten Grundlagen für den Erfolg von morgen. Also ausreichend Stoff für Verhandlungen.

Und eines möchte ich auch nochmals gerade rücken, um eine Große Koalition geht es nun wirklich nicht mehr. Groß ist vielleicht gerade mal noch die CDU, aber die SPD schon lange nicht mehr. Also geht es in Wirklichkeit einfach nur um eine Regierungskoalition, die in der Lage ist, die Themen unserer Zeit anzupacken. Die Journalisten sollten den Verhandlern vielleicht einfach mal zugestehen, das wirklich um den besten Weg gerungen wird. Sonst könnte man ja zu dem Schluss kommen, dass das aufgeblähte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem auch nicht mehr "der große Wurf" ist.

Ihr

*Andreas Lämmels*

## DIE WOCHEN IM PARLAMENT

**Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.** Am 27. Januar 1945 wurde das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit. In dieser Sitzungswoche befragt der Deutsche Bundestag wie jedes Jahr diesen Gedenktag in Erinnerung an das Menschheitsverbrechen der Shoah, das von deutschem Boden ausging. Immer noch haben wir Antisemitismus – bestehenden und neu hinzukommenden – in unserem Land zu beklagen. Wir stehen an der Seite aller Menschen jüdischen Glaubens und werden nicht zulassen, dass diese heute wieder vermehrt um ihre Sicherheit in Deutschland fürchten müssen.

Die Gedenkrede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt mit **Anita Lasker-Wallfisch** eine Überlebende der Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen. Sie wurde gemeinsam mit ihrer Schwester Renate durch ihre Erklärung, die sie am 15. April 1945 inmitten von Leichenbergen im Lager Bergen-Belsen abgab, als "Stimmen der BBC" bekannt. Frau Lasker-Wallfisch ist als Cellistin Mitbegründerin des English Chamber Orchestra. Im Jahr 2000 erschien ihr Buch "Ihr sollt die Wahrheit erben: Die Cellistin von Auschwitz - Erinnerungen".

**Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.** Mit dem Gesetzentwurf, der in zweiter und dritter Lesung beraten wurde, will die CDU/CSU-Fraktion den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten bis zum Inkrafttreten der Neuregelung, längstens bis zum 31. Juli 2018, aussetzen. Ab 1. August wird der Zuzug der Kernfamilie im Umfang von maximal 1.000 Personen im Monat zugelassen. Für besondere Einzelschicksale gilt wie bisher eine Härtefallregelung. Damit wird der begrenzten gesellschaftlichen Aufnahme- und Integrationsfähigkeit gerade auf Ebene der Kommunen und Gemeinden Rechnung getragen und für eine geregelte Zuwanderung gesorgt.

**Parlamentarisches Kontrollgremium.** Der Bundestag wählte in dieser Woche ein Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, welches die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Bundes kontrolliert. Bei der Wahl der Mitglieder des neunköpfigen Gremiums am 18. Januar hatte der Kandidat der AfD-Fraktion, Roman Johannes Reusch,



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

210 Stimmen erhalten und damit die erforderliche Stimmenzahl von 355 verfehlt.

Das Parlamentarische Kontrollgremium hatte sich nach der Einsetzung konstituiert, Vorsitzender ist der CDU-Abgeordnete Armin Schuster. Das Gremium setzt sich aus drei Abgeordneten der CDU/CSU, zwei Abgeordneten der SPD und je einem Abgeordneten der vier übrigen Fraktionen zusammen.

**Jahreswirtschaftsbericht 2018.** Der diesjährige Bericht der Bundesregierung „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ prognostiziert auch für 2018 ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum. Der Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einem ausgezeichneten Zustand, die Bundesregierung rechnet mit einem Zuwachs von rund 500.000 Arbeitsplätzen. Auch die weiter sinkende Arbeitslosigkeit trägt zu der guten wirtschaftlichen Prognose bei.

**Jahresgutachten 2017/2018 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.** Auch das Gutachten des Sachverständigenrates stellt einen anhaltenden kräftigen Aufschwung in Aussicht und rechnet in 2018 mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2,2%. Besondere Herausforderungen bestünden weiterhin in den Bereichen Fachkräftesicherung, Digitalisierung und Umbau der Energieversorgung. Angesichts des Haushaltsüberschusses wirbt der Sachverständigenrat für wachstumsfreundliche Reformen, insbesondere im Steuerrecht und für eine Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

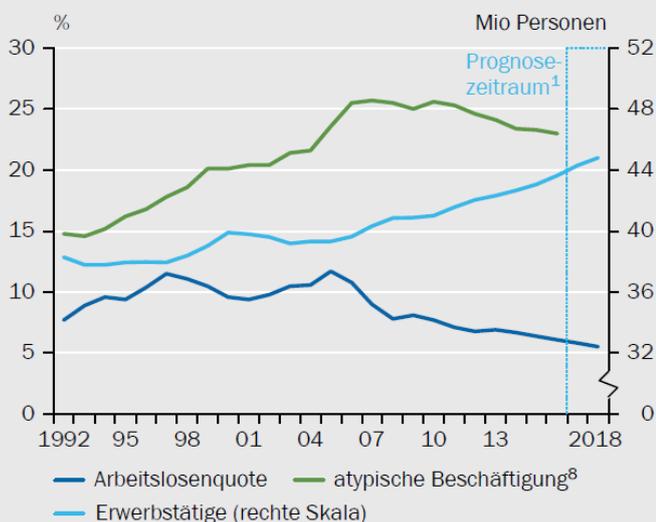
# JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT 2018

In der letzten Woche wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2018 im Plenum vorgestellt. Unter dem Titel „Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft“ prognostiziert die Bundesregierung auch für dieses Jahr ein Anhalten des starken Wirtschaftswachstums. Das Bruttoinlandsprodukt soll um 2,4 Prozent zunehmen. Damit setzt sich der Aufschwung weiter fort. Er wird breit getragen von Binnenkonsum, Außenhandel und zuletzt auch durch einen starken Anstieg der Investitionen.

Besonders erfreulich ist der kräftige Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um mehr als 700.000 Personen im vergangenen Jahr. Und die Bundesregierung rechnet mit einem nochmaligen Zuwachs von rund 500.000 Arbeitsplätzen in 2018. Oft wird von linken Parteien die Behauptung ins Feld geführt, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gerät immer mehr unter Druck, mit allen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme. Auch ist oft von „prekärer Beschäftigung“ die Rede. Das ist irreführend: Denn hierzu zählen Teilzeit-Jobs mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Viele Menschen, z. B. Mütter, haben sich bewusst für Teilzeit entschieden. Mini-Jobber wollen sich oft etwas dazuverdienen, wie z. B. der Student oder der Rentner, der Zeitungen austrägt. Und befristete Jobs sind gerade für junge Leute oder Langzeitarbeitslose eine gute Brücke in den Arbeitsmarkt. Dazu zählen zum Beispiel auch Elternzeitvertretungen.



**In Deutschland sinkt bei steigender Erwerbstätigkeit der Anteil der atypischen Beschäftigung.**



Quelle: Jahresgutachten 2017/18 – Sachverständigenrat

Die CDU-geführte Bundesregierung die richtigen Weichen gestellt. Doch auch weiterhin müssen gute Rahmenbedingungen gestaltet werden. Nur so kann die deutsche Volkswirtschaft auch in der Zukunft ihre Potenziale nutzen.

So können wir aus den guten Nachrichten des Jahreswirtschaftsberichts auch Hausaufgaben mitnehmen. Denn ein Wermutstropfen der positiven Arbeitsmarktzahlen: Ein zunehmender Fachkräfteengpass könnte zum Problem werden. Starke Investitionen in Ausbildung muss daher ganz oben auf der Agenda der nächsten Bundesregierung stehen. Bürokratieabbau und Förderung von Innovationen sind weitere Themen, die vor allem dem Handwerk, dem Mittelstand und den Freien Berufen auf den Nägeln brennen. Und auch die Digitalisierung bleibt eine große Herausforderung.

Der Jahreswirtschaftsbericht beweist nun aber einmal mehr: Der deutsche Arbeitsmarkt befindet sich weiterhin in einem ausgezeichneten Zustand. Auch die weiter sinkende Arbeitslosigkeit trägt zu der guten wirtschaftlichen Prognose bei. Und: Der Aufschwung kommt auch bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an. So sind die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer seit 2013 durchschnittlich um mehr als 1,6 Prozent pro Jahr gestiegen. Dabei profitieren auch kleine Einkommen. Die Löhne von Geringverdienern legten innerhalb der letzten zehn Jahre im gleichen Umfang zu wie die mittleren Einkommen.

Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hat

# BEGEGNUNGEN



Beim Besuch der **Erstaufnahmeeinrichtung auf der Bremer Straße** konnte ich mir einen Eindruck von der Lage vor Ort verschaffen. Die **Situation im Vergleich zur Eröffnung im Jahr 2015 hat sich maßgeblich gebessert**. Die Zusammenarbeit mit dem BAMF, der Landesdirektion und den Kommunen funktioniert reibungslos und die Verhältnisse in der Einrichtung verlaufen grundsätzlich geordnet. Derzeit sind **125 von ca. 500 Plätzen belegt**. Die Herkunftsländer Libyen und Georgien sind am häufigsten vertreten. Mittelfristig ist geplant, die Einrichtung in der Bremer Straße zu schließen und die festen Räumlichkeiten in der Hamburger Straße und am Hammerweg zu nutzen.

Beim **21. Kommunalpolitischen Abend der CDU-Stadtratsfraktion** war ich einer von rund 180 Gästen aus der Dresdner Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Traditionell zu Jahresbeginn bietet das Treffen eine gute Gelegenheit, sich über kommunalpolitische Themen auszutauschen. Die Geschäftsführerin der Stadtentwässerung Dresden GmbH, Frau **Gunda Röstel**, gab dabei wichtige Impulse zu den Herausforderungen der kommunalen Wirtschaft..



In der konstituierenden Sitzung des **Arbeitskreises Afrika** der CDU/CSU-Fraktion wurde ich **erneut zum Vorsitzenden gewählt**. Mir persönlich liegt eine positive Entwicklung Afrikas sehr am Herzen. Afrika ist unser Nachbarkontinent und viele Entwicklungen dort haben direkte Auswirkungen auf uns. Deshalb erachte ich es als besonders wichtig, weiterhin **nicht nur die reine Entwicklungspolitik** ins Zentrum der Arbeitskreisarbeit zu stellen. Der AK Afrika ist ein lockerer Zusammenschluss aller am Thema Afrika interessierten Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion.

## TERMINE

05.02.2018, Dresden

Diskussion im CDU-Ortsverband Dresdner Süden zum Thema „Wirtschaftliche Entwicklung im Dresdner Süden“

06.02.2018, Dresden

Besuch einer Wirtschaftsdelegation aus Eritrea

10. bis 18.02. 2018, Reise nach Ghana im Auftrag der CDU/CSU-Fraktion



Beim traditionellen **Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand (PKM)** konnten wir in diesem Jahr Prof. Dr. Dr. h.c. **Clemens Fuest**, der Präsident des ifo Instituts in München als Festredner begrüßen. Er ging in seiner Rede darauf ein, auf was in den anstehenden Verhandlungen aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften besonders zu achten ist.

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: [newsletter@andreas-laemmel.de](mailto:newsletter@andreas-laemmel.de) / [www.andreas-laemmel.de](http://www.andreas-laemmel.de) / [www.facebook.com/laemmelmdb](https://www.facebook.com/laemmelmdb)